

26.11.2012

Eilantrag

der Fraktion der CDU

MKULNV – oder wie die Energiewende misslingt

I.

Die Energiewende zählt zu den großen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gestaltungsaufgaben. Ihr Erfolg entscheidet wesentlich über den künftigen Stellenwert des Industriestandortes Deutschland im globalen Wettbewerb und setzt ein bundesweit abgestimmtes Handeln, Entscheidungstransparenz und Aufklärung über Probleme voraus. Nur so schaffen wir ein funktionierendes Gesamtsystem: Der Ausbau der Erneuerbaren Energien, fossile Energie aus konventionellen Kraftwerken, der Ausbau der Infrastruktur und der Netze müssen zu einem sinnvollen Ganzen verzahnt werden. Alleingänge einzelner Akteure gefährden den Erfolg. Erfolg und Akzeptanz der Energiewende hängen entscheidend von der Bezahlbarkeit der Energie für Verbraucher wie für Unternehmen ab.

In aktuellen Presseberichten (z.B. Spiegel vom 26.11.2012) ist von einer „vertraulichen Studie im Auftrag des Düsseldorfer Umweltministeriums“ die Rede, der zufolge „Kraftwerken in Nordrhein-Westfalen [...] im Zuge der Energiewende ein Kahlschlag“ droht. 29 von insgesamt 72 Gas- und Kohlekraftwerken gelten der Studie zufolge wegen schwindender Wirtschaftlichkeit als „Problemkandidaten“. Das Umweltministerium hat dazu erklärt, dass die Studie „methodisch, rechnerisch, redaktionell und inhaltlich noch überprüft werden“ müsse.

II.

Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag die Fassung der Studie zur Verfügung zu stellen, die noch nicht im Sinne der Landesregierung „methodisch, rechnerisch, redaktionell und inhaltlich“ redigiert wurde.

Datum des Originals: 26.11.2012/Ausgegeben: 26.11.2012

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich klar und deutlich zum Kraftwerkserneuerungsprogramm zu bekennen und zu erklären, welche Kapazitäten konventionell erzeugter Energie sie nach jetzigem Kenntnisstand für wie lange für erforderlich hält, und wie sich diese Umwandlung nach Auffassung der Landesregierung mit Blick auf Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit darstellen lässt.

Lutz Lienenkämper

und Fraktion